

Nachhaltige Grundsicherung – Antwort auf multiple Krisen?

*Melanie Jaeger-Erben, Meike Spitzner,
Clemens Wustmans, Matthias Zeeb*

Wir leben in krisenhaften Zeiten. Die Fragilität des internationalen Finanzsystems ist nicht mehr zu übersehen. Erkennbare Verknappungen bei der Rohölförderung führen zu heftigen Preisausschlägen und direkten Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Für eine Reihe wichtiger mineralischer Rohstoffe ist erkennbar, dass die Förderkosten steigen und die Reichweite bekannter Vorräte abnimmt. Die wachsende Bedrohung durch den Klimawandel macht sich in häufigeren Extremwetterereignissen bemerkbar. Weltweit sind – auch für den Menschen lebensnotwendige – Ökosysteme bereits zerstört oder werden übernutzt. Der Ressourcenverbrauch der Menschheit hat die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Biosphäre des Planeten Erde bereits überschritten. Damit stoßen das industriegesellschaftliche Entwicklungsmodell und der mit ihm verbundene Glauben an ein immerwährendes Wachstum unabweisbar an ihre Grenzen.

Wenn menschliche Wohlfahrt weltweit verbessert und gerechter verteilt werden soll, ist eine grundlegende Systemtransformation mit einem fundamentalen kulturellen Wandel dringend und unabdingbar. Unsere Überlegungen und Vorschläge zur Einführung einer Nachhaltigen Grundsicherung setzen deshalb auf ihre doppelte Wirksamkeit in einer solchen Systemtransformation: einerseits als schützender Mechanismus gegen die Versorgung und Existenzen bedrohenden individuellen Auswirkungen von Krisen und andererseits als Instrument, das die sozialen Belastungen des Wandels abfedert und damit die Möglichkeit sowie die Bereitschaft für den zielgerichteten Wandel zu nachhaltigkeitsorientierten Entscheidungen auf haushaltlicher, individueller und struktureller Ebene unterstützt.

Wir konzipieren die Nachhaltige Grundsicherung also nicht als „Additivum“, als Abrundung eines damit perfektionierten Sozialsystems, das auf das existierende wirtschafts- und sozialpolitische System „aufgesetzt“ wird, sondern als eine notwendige Komponente eines neuen Leitbildes gesellschaftlicher Resilienz und Nachhaltigkeit.

Im Folgenden beleuchten wir zunächst etwas ausführlicher einige der oben genannten sowie weitere Krisen. Anschließend weisen wir auf Ansätze hin, die einen möglichen Ausweg aus der Krise zeigen, und entwickeln erste Überlegungen, wie eine Nachhaltige Grundsicherung Teil einer solchen Strategie sein kann.

Auf Krise folgt Krise folgt Krise?

Die folgenden Abschnitte beleuchten knapp nur einige wenige der Problemkonstellationen, mit denen Gemeinwesen weltweit konfrontiert sind.

Finanzkrise und Krise der Marktwirtschaft

Seit Jahren torkelt das internationale Finanzsystem am Abgrund entlang. Die Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die öffentlichen Haushalte sind in vielen Ländern weiterhin gravierend. Arbeitslosigkeit und Überschuldung zerstören Lebenspläne, Versorgungsperspektiven und -arrangements (insbesondere sicheren Unterhalt als Gegenleistung für unbezahlte Versorgungsarbeit, Erfüllbarkeit einer „Ernährer-Rolle“) und den sozialen Zusammenhalt. Die in den Boomjahren und in den vielfältigen Rettungsaktionen für Banken und Staaten aufgebauten Schulden werden erst in Jahrzehnten abgetragen werden können, wenn sie nicht schon vorher zum Kollaps weiterer Finanzinstitutionen und Staaten führen. Der mit billigem Geld angeheizte und intransparent und unreguliert pulsierende Finanzsektor bleibt prädestiniert für weitere unerwartete Zusammenbrüche.

Viele der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen ähneln in ihrer Tragweite den Umbrüchen der 1990er-Jahre in den mittelosteuropäischen Transformationsländern. Alle Hoffnung richtet sich auf massive Sparprogramme und die Rückkehr wirtschaftlichen Wachstums. Tatsächlich scheint allerdings mit herkömmlichen wirtschaftspolitischen Mitteln wenig zu erreichen zu sein: Sparprogramme beschleunigen den Absturz der marktvermittelten Wirtschaftsleistung, „erfolgreiche“ Konjunkturprogramme und die Rückkehr auf den Wachstumspfad vor der Krise würden wiederum – neben vermehrten Umweltproblemen – zur Explosion der Energie- und Rohstoffpreise führen und damit unmittelbar eine

neuerliche wirtschaftliche Abkühlung auslösen. Angesichts dieser Alternativen lässt sich die Schuldenkrise in den Industrieländern auch als Vertrauenskrise interpretieren – als Zweifel nicht unbedingt am Willen und der Fähigkeit überschuldeter Haushalte oder Staaten, die Schulden zurückzuzahlen, sondern als Zweifel an der grundsätzlichen Möglichkeit, dies in einem System zu tun, welches das dafür notwendige marktvermittelte Wirtschaftswachstum nicht mehr bewerkstelligen kann.

Energie

Erst langsam dringt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit,¹ dass mit dem Erreichen des Fördermaximums bei Erdöl (*peak oil*) das heute dominante, auf hohem Energieverbrauch und globalen Logistikketten aufbauende Wirtschaftsmodell seinem nahen Ende entgegensteht. Es steht kein anderer Energieträger als Alternative zur Verfügung, der bei ähnlicher Energiedichte so einfach zu handhaben wäre wie Öl. Gleichzeitig ist bei allen Energiequellen zu beobachten, dass Lagerstätten oder Standorte mit hohen Nettoenergieerträgen bereits erschlossen sind und zur Gewinnung ähnlicher Energiemengen heute ein höherer Energieeinsatz notwendig ist.

In der Summe wird es schwieriger, die Menge der tatsächlich verfügbaren Energie auszuweiten, obwohl gleichzeitig die Nachfrage durch die Verteidigung, schnelle Ausweitung und Durchsetzung des energie- und transportintensiven Wirtschaftsmodells auf globaler Ebene und das Wachstum der Weltbevölkerung weiter steigt. Dass der Schutz des Klimas gleichzeitig den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger erfordert, verschärft das Dilemma. Wie die Energiemärkte auf eine solche Konstellation der Knappheit und der alten und neuen Verbrauchsabhängigkeiten bzw. -intensitäten reagieren, zeigte sich im Sommer 2008. Der Ölpreis stieg auf bis dato ungekannte Rekordwerte. Gleichzeitig zogen die Preise anderer Energieträger an. Die hohen Energiepreise waren mit ein auslösender Faktor für die Finanz- und Wirtschaftskrise und sind eine bleibende strukturelle Hürde für eine Erholung, die sich am bisherigen Wirtschaftsmodell orientiert.

1 In Deutschland zuletzt durch eine Studie des dem Verteidigungsministerium zuarbeitenden Zentrums für Transformation der Bundeswehr: Zentrum für Transformation: Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert. Umweltdimensionen von Sicherheit, Teilstudie 1: Peak Oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Strausberg, Juli 2010.

An den Grenzen der Biosphäre

Die Menschheit ist vollkommen abhängig vom Funktionieren der natürlichen Ökosysteme, die Sauerstoff, Wasser, Nahrungsgrundlagen, Bewohnbarkeit, unzählige Versorgungsmittel und Rohstoffe und andere lebens- und sozialdienliche „Dienstleistungen“ bereitstellen. Doch durch den Raubbau, den wir weltweit betreiben, sind wir auf dem besten Wege, die ökologische Nische der Gattung Mensch zu zerstören. Das „Millennium Ecosystem Assessment“, eine von den Vereinten Nationen durchgeführte Bestandsaufnahme der Ökosysteme des Planeten, dokumentiert die Risiken umfassend. Für die Wohlfahrtsgewinne und die wirtschaftliche Entwicklung, die auf der inzwischen massiv stattfindenden Übernutzung von Ökosystemen beruhen, bezahlen wir einen hohen Preis und gehen gravierende Risiken ein. Viele überlebenswichtige Ökosysteme sind bereits in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt, das Risiko eines plötzlichen „Umkippens“ nimmt zu, die damit einhergehende Zerstörung von Lebensgrundlagen führt zur Verarmung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, zur Verschärfung von Geschlechterungerechtigkeiten und gefährdet das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele.²

Für den Zustand der irdischen Biosphäre insgesamt wurden neun miteinander verknüpfte Abläufe³ benannt, die beim Überschreiten kritischer Schwellenwerte⁴ zu nicht vertretbaren Umweltveränderungen führen würden. Beim globalen Süßwasserverbrauch, bei den Veränderungen in der Landnutzung, der Versauerung der Meere und den Eingriffen in den globalen Phosphorkreislauf weist alles auf ein baldiges Überschreiten der kritischen Schwellenwerte hin. Beim Klimawandel, dem Verlust an Biodiversität und der Veränderung des natürlichen Stickstoffkreislaufes gelten die „planetarischen Grenzen“ als bereits überschritten.⁵

Ernährungskrise

Der dramatische Anstieg der Preise für Erdöl und andere Energieträger im Jahr 2008 trug maßgeblich zu ebenso deutlichen Preissteigerungen

2 Millennium Ecosystem Assessment (2005), p. 1.

3 Nach Rockström et al. (2009b), S. 472 f. sind dies: Klimawandel, Verlust an Biodiversität, Eingriffe in die Stickstoff- und Phosphorkreisläufe, Abbau des stratosphärischen Ozons, Versauerung der Meere, globaler Süßwasserverbrauch, Veränderungen in der Landnutzung, chemische Umweltverschmutzung und die Belastung der Atmosphäre mit Aerosolteilchen.

4 Eine ausführlichere Darstellung der natur- und systemwissenschaftlichen Überlegungen zur Auswahl und Setzung dieser Abläufe und vermuteter Schwellenwerte findet sich in Rockström et al. (2009a).

5 Rockström et al. (2009b), S. 473.

auf dem Weltmarkt für die wichtigsten Grundnahrungsmittel bei (insbesondere Weizen und Reis). Die dafür nachweisbaren Ursachen sind weiterhin wirksam. Sie liegen nicht nur im erheblichen Energieeinsatz (Düngemittel, Maschinen) hoch technisierter Landwirtschaft, sondern insbesondere im Verdrängungswettbewerb um die Landnutzung. Die subventionierten Programme zur Erzeugung von Biotreibstoffen und -gas in den USA und der EU führen dazu, dass weniger Ackerflächen für die Nahrungsmittelproduktion genutzt werden. Diese vermeintlich dem Klimaschutz dienenden Programme sind damit ein kritischer Faktor der akuten Nahrungsmittelpreiskrise in vielen Entwicklungsländern.

Verschärfend kommen Extremwetterereignisse in wichtigen Anbaueregionen⁶ hinzu, wie sie bei einem sich rapide wandelnden Klima vermehrt zu erwarten sind. Diese kritische Zuspitzung auf der Produktionsseite trifft auf eine weiter wachsende Nachfrage moderner (Erwerbs- und Versorgungs-)Arbeitswelten, Verstädterung, das Wachsen der Weltbevölkerung und von Wohlstandseliten in den Schwellenländern, was mit höherem Fleischkonsum, höheren Verkehrsintensitäten und verkehrserzeugenden Zwangsumsiedlungen in Megastädte einhergeht und wiederum das Interesse an problematischer Landumnutzung zulasten der Grundnahrungsversorgung wachsen lässt. In dieser knappen Versorgungssituation trägt die Spekulation auf den Terminmärkten ein Übriges dazu bei, die höheren Nahrungsmittelpreise zu verfestigen.

Krise der Versorgungsökonomie

Eine dynamisch höchst wirksame, aber bisher wenig beachtete Krise ist die „Krise der Versorgungsökonomie“.⁷ Die Versorgungsökonomie ist die gesellschaftliche Basisökonomie (die Haushaltswirtschaft, Haushaltsproduktion, Reproduktionsarbeit, Caring Economy). Sie ist grundlegend für alle anderen Ökonomien (für die Gemeinwirtschaft ebenso wie für die Erwerbsökonomie / marktvermittelte Ökonomie sowie für die Eigenökonomie von Individuen). Dennoch ist die Versorgungsökonomie weltweit fast nur geschlechtshierarchisch organisiert und wird politisch, ökonomisch und infrastrukturell nicht verantwortet. Die Krise der Versorgungsökonomie besteht nicht nur in dem Widerspruch zwischen gesellschaftlich grundlegender Bedeutung und

6 Vgl. etwa die mehrjährige Dürre in Australien bis 2010, Rekordhitze und -trockenheit in Russland 2010, im Süden der USA und Ostafrika 2011, großflächige Überschwemmungen in Pakistan 2010 und 2011 usw.

7 Vgl. z. B. die Ergebnisse der Gendernachhaltigkeitsforschung (Spitzner / Beik 1995; AG Frauen 2000).

politischer Nichtverantwortung, sondern im inneren Zusammenhang zwischen geschlechtshierarchischen Strukturierungen, nicht nachhaltiger Ausbeutung ökonomischer Grundlagen sowie Zerstörung nachhaltiger, gesellschaftlicher Umwelt- und Mitweltverhältnisse. In ähnlicher Weise wie das, was in androzentrischen Gesellschaften „dem Weiblichen“ (und Frauen) zugeschrieben wird sowie gleichzeitig als „extern“ *und* verfügbar, als ausblendbar *und* nutzbar gilt, wird die Versorgungsökonomie in hohem Maße als „extern“ *und* verfügbar, als ausblendbar *und* nutzbar angesehen und gehandhabt – eine Ressource und Senke (für Externalisierungen aus den anderen Ökonomien), die ausbeutbar und verwertbar ist. Und auch die Versorgungsökonomie wird wirtschaftswissenschaftlich und kategorisch als ökonomisch nicht-existent behauptet, einschließlich ihrer ökonomischen Rationalität und genderspezifisch abgewiesenen Praxis. Versorgungsökonomische Leistungen werden in ökonomischen Zusammenhängen systematisch abgewertet und praktisch durchgängig un- oder unterbezahlt in Anspruch genommen.

Die Krise der Versorgungsökonomie ist von gesellschaftlich tiefgreifender Bedeutung. Was an Versorgungsarbeit geleistet wird und wovon die heutigen Gesellschaften (noch) profitieren und wovon sie essenziell leben, wird ausgeblendet. Dadurch wird übersehen, in welchem Umfang gesellschaftlich unaufgebbare ökonomische Leistungen und ökonomische Kosten noch verdeckt sind und wie diese Krise der Versorgungsökonomie die Gesellschaften in wesentlichen Strukturen verändert (z. B. Verzicht auf Gebären, d. h. demografischer Wandel).

Wenn nicht erreicht wird, dass versorgungsökonomische Aufgaben und Verantwortung sowohl gerecht verteilt, insbesondere nicht mehr genderspezifisch abgewiesen bzw. zugeschrieben, als auch Bestandteil institutioneller, politischer, infrastruktureller und sachlicher Aufgabenverantwortung werden, werden sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen weiter verschärfen. Die Einsichten, dass die Pflegeversicherung nicht nur unentbehrlich ist, sondern auch – bei ohnehin heute schon sachlich kaum begründbar niedrigen monetären Ansätzen für versorgungsökonomische Leistungen ebenso wie Arbeitsentgelten – monetär maßlos unterschätzt wurde, geben ein Bild davon.

Die Reduktion der genderspezifisch privat und unentgeltlich erbrachten Versorgungsleistungen für andere dürfte sich weiter fortsetzen; diese Folgen der Krise der Versorgungsökonomie könnte zurückschlagen auf deren Mitverursacher: Die Folgen können auch für die staatlichen Institutionen „bedrohlich“ werden, weil diese rational, finanziell, personell, prozedural und materiell nicht dafür gewappnet sind, die entstehenden Lücken zu füllen.

Soziale Ungleichheit

In den meisten westlichen Industrieländern, aber längst nicht nur dort, haben in den vergangenen dreißig Jahren die Einkommensungleichheit⁸ und die Vermögenskonzentration deutlich zugenommen. In den unteren Einkommensbereichen stagnieren die Realeinkommen oder sind sogar zurückgegangen. Das *gender pay gap* hat sich in der EU kaum verringert, sondern teilweise (z. B. in Deutschland) sogar vergrößert (Klein 2006). Erhöhter Wettbewerbsdruck durch eine wirtschaftliche Globalisierung ohne sozialen Ausgleich, Globalisierung von Arbeits-, Dienstleistungs- und Heiratsmärkten bis hin zum Entstehen einer neuen transnationalen Dienstbotinnenklasse,⁹ Deregulierung von Arbeitsmärkten mit Verstetigung traditionell „weiblicher“ und zunehmend auch „männlicher“ Prekarisierung vieler Beschäftigungsverhältnisse, die daraus folgende Schwächung der Gewerkschaften und arbeitssparende technische Entwicklungen haben die Verhandlungsposition insbesondere gering qualifizierter Beschäftigter extrem verschlechtert. Dagegen wurden am oberen Ende der Einkommensskala durch neue Entlohnungssysteme für Führungskräfte und durch die Öffnung völlig neuer Geschäftsfelder in deregulierten Finanz- und Dienstleistungsmärkten sowie eine Vielzahl weiterer wirtschaftspolitischer Maßnahmen und technischer Entwicklungen die Möglichkeiten, extrem hohe Einkommen zu erzielen, stark erweitert. Die drastische Absenkung der Höchstsätze in der Einkommensbesteuerung und die Abschaffung oder Schwächung vermögensbezogener Steuern taten ein Übriges, um die Vermögenskonzentration zu befördern.

Krise der Lebensstile

Bereits im Rahmen der Rio-Konferenz 1992 wurde der negative Einfluss des in den wohlhabenden Industrieländern vorherrschenden Lebensstils sowie der damit einhergehenden Konsumgewohnheiten auf die Umwelt und die globale Gesellschaft betont. In Kapitel 4 der in Rio entstandenen Agenda 21 (vgl. Vereinte Nationen 1992) wird eine Änderung der Konsumgewohnheiten vorwiegend der wohlhabenden Industrieländer als notwendig für eine nachhaltige Entwicklung

8 OECD (2008), p. 27–28.

9 Vgl. u. a. Gottschall, Karin (2004): Soziale Ungleichheit: Zur Thematisierung von Geschlecht in der Soziologie. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, Wiesbaden, S. 188–195.

betrachtet. Es wird davon ausgegangen, dass Produktionsstrukturen und -prozesse zu einem großen Teil durch die Nachfrage gesteuert werden, womit insbesondere die Konsumenten und Konsumentinnen bzw. Bürger und Bürgerinnen der Industrienationen aufgefordert sind, durch die Veränderungen ihres Lebensstils zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Zwei Jahrzehnte nach Rio scheint dieser Appell jedoch kaum Veränderungen in den Lebensweisen bewirkt zu haben. Obwohl das „Umweltbewusstsein“ – wie die jährliche Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamtes für Deutschland zeigt – ein hohes Niveau erreicht hat und viele Bürger/-innen den Umweltschutz auch im eigenen Alltag für wichtig halten, ist der ökologische Fußabdruck von Menschen in eher wohlhabenden Nationen unvermindert groß bzw. wächst in vielen Fällen weiter an (vgl. WWF 2006). Je nach Veröffentlichung werden 70 bis 80 Prozent der gesamtgesellschaftlichen Umweltwirkungen in Europa mit den Produktionsweisen und dem Verhalten in Bereichen wie Ernährung, Mobilität und Energienutzung¹⁰ in Verbindung gebracht¹¹. Darüber hinaus sind die „Metatrends“ wie das Wachstum des Transportaufkommens, der Wohnfläche, der Menge an konsumierten Fertigprodukten usw. ungebrochen (vgl. OECD 2008a, Bilharz 2006) und breiten sich auf die gesamte Welt aus (Lange / Meier 2009).¹²

Es gibt sowohl in Deutschland als auch international bereits zahlreiche Initiativen von NGOs, politische Programme und Bildungsangebote, die eine Veränderung von Bewusstsein und Verhalten in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zum Ziel haben.

Hierbei wird jedoch kritisiert, dass viele Herangehensweisen eher „vom Status her“ vorgehen, d. h., es wird versucht, orientiert an Bedürfnissen, Wünschen und Lebensstilen, solche Interventionsziele herauszufiltern, bei denen Nachhaltigkeitsstrategien am ehesten sozial und politisch akzeptiert wären, weil sie eine vergleichsweise geringe

10 Es wird nicht zwischen Haushalten/Versorgern und Individuen unterschieden, obwohl versorgungsökonomisches Handeln und nur individuelle Entscheidungen sehr unterschiedlichen Faktoren, Bedingungen und Freiheitsgraden unterliegen.

11 Vgl. die umfassende Studie von Tukker, Huppes, Guinee, Heijungs, Koning, van Oers, Suh, Geerken, van Holderbeke, Jansen & Nielsen (2006).

12 Für den Verkehr sind dabei geschlechtsspezifische Unterschiede jüngst wieder nachgewiesen worden (Schwedisches Verteidigungsministerium 2010), jedoch wird insbesondere der Versorgungsökonomie zunehmend Verkehrsaufwand abverlangt. Immer noch wird Wohnungsbau nicht unter Zugrundelegung versorgungsleistender Lebensphasen betrieben, sodass die Wohnflächen nach Auslaufen aktiver versorgungsökonomischer Zeiten unflexibel groß werden oder einen Verbleib in (passiv) versorgungsökonomisch gesichertem Umfeld verunmöglichen und ältere Menschen ent wurzeln.

Veränderung des Status quo bedeuten würden (vgl. Bilharz 2006). Nach Bilharz entspricht dies einer „Politik der kleinen Schritte“, bei der davon ausgegangen wird, dass jede/-r Verbraucher/-in nur einen kleinen Beitrag leisten muss, um die Umweltprobleme zu bewältigen.

Diese Herangehensweise bleibt nicht nur relativ wirkungslos im Bezug auf den Klimawandel, sie überbetont (und überfordert) außerdem die Gestaltungsmöglichkeiten der/des Einzelnen und lenkt die Aufmerksamkeit von der Verantwortung politischer Akteure weg (vgl. auch Grunwald 2010). In der Nachhaltigkeitsforschung wird in diesem Kontext oft auf das „locked-in“ (Sanne 2002) alltäglichen (Konsum-) Handelns verwiesen, d. h., dass nichtnachhaltige Strukturen (institutionelle Kontexte, Versorgungsstrukturen, mangelnde Infrastrukturen oder deren Gebrauchswertqualität, aber auch soziale Normen und kulturelle Praktiken) nichtnachhaltiges Handeln provozieren und zementieren. Eine wichtige Ursache des Problems der Nichtveränderung von Lebensstilen ist daher auch deren Einbettung in ein kapitalistisches Produktionssystem, in dem intensiver und immer weiter wachsender Konsum funktional ist und systemisch verstärkt wird, während Suffizienz-Bestrebungen eher sanktioniert bzw. erschwert werden.

Gesellschaftliche Resilienz als Krisenreaktion

Jede der hier skizzierten Krisenkonstellationen bedroht oder zerstört für sich genommen bereits heute die Existenzgrundlagen vieler Menschen. Je deutlicher sich ihre Verknüpfungen und verstärkenden Rückkoppelungen ausprägen, desto notwendiger wären jeweilige und integrierte politische Umsteuerungen, die auf Verringerung von Krisenproduktion und Vermeidung (Mitigation) zielen. Solche Bestrebungen bleiben bis dato jedoch aus.

Bei genauerer Betrachtung der globalen Krisenkonstellation zeigt sich, dass nicht nur die einzelne Bürgerin bzw. der einzelne Bürger an die Grenzen dessen gelangt, was sie/er durchschauen, bewältigen und kontrollieren kann, sondern auch die politischen Akteure und Regulationsinstanzen selbst. In Politik und Gesellschaft verbreitet sich langsam die Erkenntnis, dass das Bild einer von Menschen steuerbaren mechanistischen Welt mit klaren Kausalitäten, in der Eingriffstiefen weiter erhöht und Risikotechnologien einfach eingeführt werden können, die Wirklichkeit offensichtlich nicht zutreffend beschreibt. In allen Politikfeldern zeigen sich Probleme, die sich nicht durch eindeutige Maßnahmen vorhersagbar bearbeiten oder gar „lösen“ lassen.

Gesellschaften, Wirtschaft, Versorgungsökonomien und erst recht die natürliche Umwelt sind komplexe Systeme, die in vielfältigen Wechselwirkungen und über direkte und indirekte Folgen immer wieder überraschendes und unerwartetes Verhalten an den Tag legen. Im Extremfall können sie plötzlich ihren Zustand ändern, von scheinbarer Ruhe und Ordnung in Turbulenzen und Chaos umschlagen. Die Wahrscheinlichkeit solcher Umsprünge ist umso höher, je schneller, kurzaktiger und „hoctouriger“ ein System läuft und je stärker es nach der Logik erwerbsökonomischer Outputmaximierung optimiert ist.

Zusätzlich hat das Zusammenspiel zwischen den menschengemachten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen und ihren ökologischen Grundlagen eine Komplexität erreicht, die es für Störungen anfällig und für systemische Zusammenbrüche wahrscheinlicher macht. Zunehmend ziehen Entwicklungen mit globalem Charakter weitgehende Veränderungen auf der lokalen und haushaltlichen Ebene nach sich, und umgekehrt werden in unserer durch Kommunikationsnetze, Lieferketten, globale Handelsplattformen, Medien, Migration, Transport- und Reisetätigkeit global verknüpften Welt lokale Krisen schnell auch in großem räumlichem Abstand wirksam. In der Summe steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Krisen zeitlich und räumlich verketten und gegenseitig verstärken.¹³

Umso notwendiger wird die Fähigkeit, Schocks und Krisen erfolgreich zu verarbeiten. Unter dem Begriff „Resilienz“ wird diese Fähigkeit inzwischen in der Wissenschaft wie auch der internationalen Politik und bei Entwicklungsorganisationen nicht nur diskutiert, sondern auch mit hoher Dringlichkeit praktisch angestrebt. In dieser von der Ökosystemforschung geprägten Begrifflichkeit bemisst sich Resilienz entweder an der Stärke einer Störung, die noch verarbeitet werden kann, ohne dass ein System dauerhaft seine Struktur ändert, oder an der Geschwindigkeit, mit der ein System in der Lage ist, nach einer Störung in seinen Ausgangszustand zurückzukehren.¹⁴ Ein relevantes Maß für die gesellschaftliche Resilienz menschlicher Gemeinwesen sollte sich auf die Fähigkeit beziehen, auch unter dem Druck krisenhafter Umstände grundlegende ethische Normen aufrechtzuerhalten.¹⁵

Für Einzelne, Familien oder gemeinschaftliche Haushalte und insbesondere für diejenigen, welche die Versorgungsverantwortung für deren Mitglieder wahrnehmen, ist es extrem schwierig, solche Resilienz

13 Vgl. Biggs et al. (2011), pp. 1 f.

14 Zur Begrifflichkeit von Resilienz im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung vgl. Brand (2005), insbesondere S. 40–45.

15 Vgl. Zeeb (2008), S. 18.

gegenüber systemischen Risiken zu entwickeln und über die nötigen Ressourcen und Mittel verfügen zu können. Eigene und versorgende Anpassungs- und Bewältigungsstrategien sind zwar immens notwendig, aber nur selten hinreichend. Dagegen können im Zusammenspiel mit gleichstellungsorientierten und auf Empowerment von Frauen setzenden, sozialen, meist staatlich organisierten Grundsicherungsprogrammen die Handlungsmöglichkeiten von Individuen und Gruppen beträchtlich erweitert werden. Durch die Etablierung eines gesicherten individuellen Mindesteinkommensniveaus werden Investitionen zur Vermeidung von Risiken oder zur präventiven Anpassung an deren erwartete Auswirkungen ebenso erleichtert wie die notwendigen Bewältigungsprozesse nach dem Eintreten tatsächlicher Krisenereignisse.

Allerdings ist auch eine systemische Krise, die auf der Makro-Ebene zum Zusammenbruch eines Versorgungssystems und zum Ausfall eines Grundsicherungssystems führt, nicht auszuschließen. Auch eine Grundsicherung ist deshalb nur eine „in der Regel“ hinreichende Existenzsicherung. Im Extremfall, wenn elementare Versorgungsstrukturen längere Zeit unterbrochen werden, die öffentliche Ordnung zusammenbricht oder gar ein Staat zum „failed state“ wird, sind wiederum beim Individuum bzw. geschlechtshierarchisch bei den Versorgenden individuell verortete Verantwortung und gemeinschaftsbasierte Anpassungs- und Bewältigungsstrategien gefragt. Gesellschaftliche Resilienz kann also erst aus dem Zusammenspiel von versorgungsökonomisch individuellen, gemeinschaftlichen, institutionellen und staatlichen Instrumenten zum Management von Risiken entstehen.

Alte Kritik und neue Nachdenklichkeit

Ist eine Nachhaltige Grundsicherung als Schritt in Richtung einer ernsthaften Bearbeitung der zuvor genannten Krisen und als Beitrag zur Bildung gesellschaftlicher Resilienz gesellschaftlich und politisch mehrheitsfähig? Wir sehen an vielen Stellen hoffnungsvolle Anknüpfungsmöglichkeiten an aktuelle gesellschaftliche, politische, (versorgungs-)ökonomische und wissenschaftliche Diskurse und Debatten, sowohl für das Thema Nachhaltige Grundsicherung im Speziellen als auch für nachhaltigere Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle im Allgemeinen. Sie lassen auf eine im Vergleich zur Vergangenheit größere Offenheit gegenüber tragfähigeren Ideen schließen. Auf einige dieser möglichen Anknüpfungspunkte gehen wir im Folgenden ein.

Neue Ansätze in der Mainstream-Wirtschaftstheorie

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Schwächen der traditionell und vor allem der einseitig neoliberal ausgerichteten Wirtschaftswissenschaft in beschämender Weise in breiterer Öffentlichkeit bloßgelegt. Weder hatte es aus dem akademischen Mainstream vor der Krise Warnungen gegeben noch war man in der Lage, nach dem Ausbruch schnell eine konsistente Analyse zu erarbeiten und entsprechende Handlungsvorschläge in die öffentliche und politische Debatte einzubringen.

Mehr noch: Das katastrophale Versagen der Finanzmärkte wirft ein Schlaglicht auf die von Kritikern und Kritikerinnen seit langem hinterfragten Grundannahmen der Wirtschaftstheorie. Prämissen wie die „vollkommene Information“ (auch über die Zukunft), absolute „Entscheidungsrationalität“ oder nicht stattfindende Kommunikation zwischen den wirtschaftlichen Akteuren sind offensichtlich realitätsfern. Auch die Theorie, dass Märkte sich immer wieder in ein Gleichgewicht begeben, in dem Angebot und Nachfrage zu einem (perfekten) Ausgleich kommen, ist in der Wirklichkeit nur selten vorzufinden¹⁶ – ganz abgesehen von der Annahme, dass sich Bedürfnisse stets in Form von „Nachfrage“ artikulieren ließen oder könnten. Dennoch wurde in den Wirtschaftswissenschaften gerne vergessen, dass genau solche Annahmen den elementaren Modellen zugrunde liegen, mit denen das Fach Realität wahrnimmt, zu erklären versucht und aus denen Schlüsse für die Politikberatung gezogen werden.

Im Gefolge der Krise werden nicht nur die theoretischen Grundannahmen nun auch im Mainstream¹⁷ hinterfragt, auch alternative Ansätze, die in der Vergangenheit marginalisiert wurden,¹⁸ finden inzwischen eher Gehör – nicht zuletzt auch auf politischer Ebene.¹⁹

Am weitesten durchgesetzt hat sich bisher vermutlich die Diskussion über Ansätze zur Messung gesellschaftlicher Wohlfahrt, die sich nicht mehr ausschließlich am Bruttoinlandsprodukt orientieren. Dadurch rückten gender- und versorgungsökonomische, ökologische²⁰

16 Eine umfassende Dokumentation und Diskussion dieser seit längerem bestehenden Kritik und einiger alternativer Ansätze findet sich etwa in Beinhocker (2006).

17 Vgl. etwa die Arbeit des von George Soros finanzierten, 2009 gegründeten „Institute for New Economic Thinking“ (www.ineteconomics.org).

18 Ein wichtiger Fokus für die Kritik am einseitigen und reduzierten Kanon der Mehrzahl wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten ist der Aufruf Pariser Studenten aus dem Jahr 2000, der als Anstoß für das „Post-Autistic Economics Network“ gilt (www.paecon.net).

19 Vgl. etwa die von der französischen Regierung 2008 eingesetzte „Commission sur la Mesure de la Performance Économique et du Progrès Social“ unter Leitung von Joseph Stiglitz und Amartya Sen. Kommissionsbericht: Stiglitz et al. (2009).

20 Vgl. Daly / Farley (2004).

und soziale Ansätze²¹ sowie entsprechende Kriterien stärker in die Betrachtung. Obwohl im Diskursverlauf sowohl die Gendergehalte als auch andere weiter reichende Ausrichtungen häufig verloren gehen, ist damit auch die Frage nach (geschlechter-)gerechter Verteilung der Zugriffschancen auf gesellschaftliche Ressourcen, nach der Einkommensverteilung und geeigneten Formen der Sicherung eines individuellen Mindesteinkommensniveaus wieder stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt.

Die Wirtschaftstheorie nimmt nicht mehr nur in den kritischeren Ecken zur Kenntnis, dass das Credo „Globalisierung nützt allen“ auf der theoretischen Annahme beruhte, die Globalisierungsverlierer/-innen würden aus den Zuwächsen der Globalisierungsgewinner/-innen entschädigt. Die Realität sieht in den meisten Ländern ganz anders aus. Die Globalisierungsverlierer/-innen werden sich selbst überlassen, in niedrig bezahlte Ersatzjobs gedrängt oder von sozialen Sicherungssystemen aufgefangen, die jedoch weder den Einkommensverlust ausgleichen noch die Versorgung zu sichern helfen oder die sozialen Funktionen von Beschäftigung übernehmen können. Eine individuelle Nachhaltige Grundsicherung, die nicht nur diejenigen absichert, die versorgt werden müssen, sondern auch diejenigen, die die aktive Versorgungsarbeit leisten, könnte zumindest in denjenigen Ländern einen Fortschritt darstellen, in denen heute keinerlei formelle individuelle (die existenzielle Selbstbestimmung von Frauen gleichermaßen wie die von Männern schützende) Absicherung gegen den Verlust des Lebensunterhaltes besteht.

Auch ist noch nicht entschieden, ob die Überführung von Allmendegütern (wie die CO₂-Aufnahmekapazität der Erdatmosphäre) in regulierte private Güter nicht über nicht-marktliche Allokationsmechanismen organisiert werden sollte. Das bisher in Deutschland praktizierte Verfahren, die Emissionszertifikate an bestehende emittierende Wirtschaftsunternehmen zu verteilen, führte bei den Stromerzeugern bzw. ihren Aktionären zu absurden Gewinnen, die durch keinerlei Leistungen gerechtfertigt waren. Die inzwischen vorgesehene Versteigerung neuer Emissionsrechte ist demgegenüber ein besseres Instrument. Doch nach demokratischen, legitimatorischen sowie nach Gerechtigkeitserwägungen müssten die Erträge aus den Auktionen – wenn

21 Vgl. auch die harte Diskussion der UN 1995 und die Konsequenzen daraus, als bei der 4. UN-Weltfrauenkonferenz weltweit die „Care-Ökonomie“ anerkannt wurde und der internationale Beschluss gefasst wurde, dass parallel zum BIP nationale Zeitbudgetstudien einzuführen sind, damit die wirtschaftlichen Leistungen diesseits von erwerbsökonomischen ausgewiesen und erkennbar werden. Grundlegend im deutschsprachigen Raum auch Biesecker / Kesting (2003).

sie denn überhaupt in private Hände gehen dürfen, was immer noch höchst strittig ist und vornehmlich derzeitigen erwerbsökonomischen Grundannahmen folgend rational erscheint – zusätzlich zu gleichen Teilen an alle Bürgerinnen und Bürger verteilt werden. In anderen Modellen wird vorgeschlagen, Emissionen über eine Steuer zu belasten und das Aufkommen größtenteils an den demokratischen Souverän, die Bevölkerung, auszuschütten. In beiden Fällen wäre denkbar, diese Mittel in die Finanzierung einer Grundsicherung einzubringen.

Deutlich weiter gehen Vorschläge, welche die erwerbsökonomische Wachstumsorientierung der Politik unserer Gesellschaften grundsätzlich infrage stellen. Hier sind zwei Diskursstränge besonders hervorzuheben: Der ältere ist die seit 1991 (Welt-Frauen-Gipfel von Miami) weltweit geführte Debatte um „sustainable livelihoods“. Der jüngere Vorschlag, „Biophysical Economics“, hebt darauf ab, dass im Gegensatz zu den vereinfachenden und verschleiern den Annahmen traditioneller Wirtschaftstheorie nicht Arbeit und Kapital und die fortschreitende technologische Entwicklung die entscheidenden Produktionsfaktoren sind, sondern dem Einsatz von Energie maßgebliche Bedeutung zukommt. Insbesondere die Nutzung fossiler Energieträger bestimmt die heute überragende industrielle Produktion und das Wirtschaftswachstum.²² Mit der Aneignung dieses „Geschenks an die Menschheit“ nach erwerbsökonomischen und militärischen Kalkülen öffnet sich die Kluft in der Produktivität zwischen Versorgungs- und Erwerbsökonomie (vgl. den Beitrag von Spitzner, Wustmans und Zeeb in diesem Band). Umgekehrt gilt, dass durch die abnehmenden Nettoerträge unserer Energiequellen schon mittelfristig nicht nur kein Wachstum mehr möglich sein wird, sondern präventives Schrumpfen erwerbswirtschaftlicher Aktivitäten nicht mehr zu umgehen ist. Ähnliche Vorstellungen finden sich in kleinen, aber wachsenden Zirkeln der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaft unter dem Etikett „Postwachstumsökonomie“.²³

Entwicklungspolitik

In der Entwicklungspolitik haben soziale Sicherungssysteme und darunter auch Grundsicherungsprogramme in den vergangenen Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Brasilien und Mexiko haben umfassende Programme zur Unterstützung armer Familien eingeführt, die

22 Vgl. etwa Hall et al. (2001) und Kümmel (1998).

23 Vgl. Seidl / Zahrnt (2010) und andere.

an Bedingungen wie Schulbesuch oder die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen geknüpft sind. Als sozialpolitische Innovationen aus zwei Schwellenländern werden ihre Modelle inzwischen in einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern aufgegriffen und ebenfalls umgesetzt. Diese auch „konditionierte Sozialtransfers“ genannten Grundsicherungsprogramme versuchen, vor allem der nachwachsenden Generation durch bessere Bildung und Gesundheit den Weg aus der Armut zu erleichtern.

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, die in den Entwicklungsländern viel unmittelbarer als Preiskrise bei Nahrungsmitteln und Brennstoffen spürbar wurde, hat sich diese Hinwendung zu sozialen Grundsicherungsprogrammen noch einmal verstärkt. Sie gelten als zentraler Baustein jeder Politik zur Vorbeugung und Bewältigung von Krisen.

Auch von den großen Entwicklungsorganisationen wie der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und bilateralen Entwicklungsagenturen werden solche Vorhaben inzwischen umfangreich unterstützt. Die entwicklungspolitische Debatte, insbesondere zwischen Nichtregierungsorganisationen in Entwicklungs- wie auch in Industrieländern, dreht sich nicht mehr um die Sinnhaftigkeit von Grundsicherungsprogrammen, sondern nur noch um deren Ausgestaltung, zum Beispiel um die Verknüpfung von Grundsicherungsleistungen mit Bedingungen, oder um die Frage, ob Grundsicherung als individuelles Menschenrecht nicht über universelle, nicht konditionierte Programme umgesetzt werden müsste und wie die Programme zu finanzieren sind. Nichtregierungsorganisationen sind es auch, die mit bedingungslosen Formen der Grundsicherung experimentieren. Internationale Bekanntheit hat das Grundeinkommensprojekt in Otjivero/Namibia erlangt.

Neue Ansätze in der Gender-Nachhaltigkeitsforschung und nicht-androzentrischen Ökonomie

Die Gender-Nachhaltigkeitsforschung, insbesondere zu Infrastruktursystemen, kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem wichtig ist, die versorgungswirtschaftlichen Aufgaben und Verantwortungen künftig sowohl gerecht zu verteilen, insbesondere nicht mehr genderspezifisch abzuweisen bzw. zuzuschreiben, als auch zu einem zentralen Bestandteil institutioneller, politischer, infrastruktureller und sachlicher Aufgabenverantwortung zu machen.

Für nachhaltigkeitsrelevante politische Handlungsfelder sind dazu bereits konkrete Ansätze, Konzepte, Maßnahmen und Instrumente – sowohl auf nationaler bis kommunaler wie internationaler Ebene – entwickelt worden, insbesondere im Bereich Verkehr (vgl. Enquetekommission NRW „Zukunft der Mobilität“, NetWorks – Transformation netzgebundener Infrastrukturen etc.).

In den feministischen ökonomischen Debatten sind wichtige Ansätze erarbeitet worden, wie der globalen Krise der Versorgungsökonomie, der „care economy“ und „care crisis“ sowie ihren Wechselwirkungen mit Umwelt-, Sozial-, marktökonomischer und Finanzkrise begegnet werden kann. Dabei kommt der Transformation des Marktökonomiemodells mit dessen Priorisierung von Kapitalwachstum und Effizienz sowie dem Wandel einer „market citizenship“ zu einer „social citizenship“ besondere Bedeutung zu.²⁴

Sozialethik

Im Rückgriff auf Luthers ursprüngliches Arbeitsverständnis und Hannah Arendts Verständnis der „vita activa“ wird in neueren sozialetischen Überlegungen zu protestantischen Vorstellungen von Arbeit deren Engführung auf monetär entlohnte Erwerbsarbeit kritisch hinterfragt.

Die Reduktion von menschlichem Wert und Handeln auf Erwerbsarbeit läuft Gefahr, den Wert einer Tätigkeit allein daran festzumachen, ob sie innerhalb der gesellschaftlichen und politischen Rahmensetzung marktgängig ist oder nicht.

Auf der anderen Seite verliert eine Gesellschaft an Legitimationskraft, wenn sie die Teilhabe an der Erwerbsarbeit als *das* entscheidende Medium der gesellschaftlichen Integration und der Sicherung einer eigenständigen Lebensweise definiert, zugleich einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung nunmehr seit mehreren Generationen diese verweigert bzw. diese unvereinbar mit normaler Versorgungsarbeit organisiert. Dies gilt umso mehr, wenn einem Geschlecht die Anpassungslasten einer Entwicklung aufgeladen werden, die für die Gesellschaft insgesamt von Nutzen ist, und dies zudem auch noch einzelnen Beschäftigten bei der Abwanderung einer Produktionsstätte ins kostengünstigere Ausland zugemutet wird.

Angesichts dieser Problemlage weisen auch kirchliche Stellungnahmen darauf hin, dass neben der Erwerbsarbeit andere Sektoren der „vita

24 Vgl. etwa WIDE: <http://www.all4all.org/2009/06/3519.shtml>.

activa“ neu zu entwickeln wären. Wenn andere Formen der Tätigkeit endlich wieder anerkannt und „neu entdeckt“ und entwickelt werden sollen – und wenn diese Tätigkeiten nicht im Rahmen von Erwerbsarbeit „ökonomisiert“ adäquat in Qualität und Vergütung organisiert werden können –, ist eine von der Erwerbsarbeit entkoppelte Gewährleistung individuellen Lebensunterhalts die Voraussetzung für dieses Projekt. Dementsprechend werden auch in der Sozialethik Modelle einer Grundsicherung diskutiert, welche die materielle Voraussetzung für ein eigenständiges Leben für Frau und Mann diesseits der Erwerbsarbeit sichern können.

Grundsicherung ist notwendiger denn je

Die oben beschriebenen Krisen der gegenwärtigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Routine stellen selbige unserer Ansicht nach grundlegend infrage und erfordern eine ebenso grundlegende Veränderung.

Wir sehen uns (bzw. die Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik) angesichts der gegenwärtigen Krisen im sozialen, wirtschaftlichen und Umweltbereich an einem Scheideweg stehen, an dem substanzielle Weichenstellungen in verschiedene Richtungen möglich sind.

In einer gewissermaßen „optimistischen Überzeichnung“ hoffen wir darüber hinaus, dass die genannten Anknüpfungspunkte als Beispiele für die notwendige Offenheit gegenüber innovativen Ideen in Richtung einer gesellschaftlichen Transformation zu deuten sind, deren Bestandteil eine Nachhaltige Grundsicherung sein könnte.

Im nächsten Abschnitt werden wir zunächst beschreiben, was wir unter dem Begriff „Transformation“ verstehen bzw. wie sich Transformationsprozesse betrachten lassen. Anschließend werden wir verdeutlichen, was eine Transformation in Richtung einer Nachhaltigen Grundsicherung bedeutet.

Transformation als Antwort auf die „Krise der Routine“

Der WWF entwickelt in seinem *Living Earth Report* von 2006 (WWF 2006) unterschiedliche Szenarien der zukünftigen Entwicklung von Mensch und Erde. Neben dem Szenario des „business as usual“, das dazu führen würde, dass der Bedarf spätestens im Jahr 2050 die Biokapazität der Erde um 100 Prozent übersteigen würde, werden

Veränderungsszenarien unterschiedlicher „Härte“ beschrieben, wie „rapid reduction“ oder „slow shift“. Im Fazit führt für die Autoren und Autorinnen nichts an einer globalen Transformation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorbei, die jedoch insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger in eher wohlhabenden Industriestaaten und ihre Lebensweise eine große Herausforderung bedeutet. Um einen solchen Prozess zu unterstützen und die Herausforderungen für die Veränderungsbereitschaft und -kompetenz der Menschen nicht zu unterschätzen, können Theorien und Ansätze zur Beschaffenheit von Transformationsprozessen im Kontext menschlicher, gesellschaftlicher und politischer Entwicklung eine Orientierung und Verständnishilfe geben.

In Anlehnung daran lässt sich Transformation als Wandel grundlegender Strukturen des Erlebens und Handelns verstehen, der sich sowohl auf der Mikro-, Meso- und Makro-Ebene vollziehen kann. In der sozialwissenschaftlichen (vor allem pädagogischen/therapeutischen) Literatur finden sich spezielle Modelle, die einzelne Phasen genauer beleuchten (Fuhr & Gremmler-Fuhr 1988; Erikson 1973; Kegan 1986; Wilber 1996). Grob zusammengefasst, lassen sich die Phasen Identifikation, Differenzierung und Integration voneinander unterscheiden, die man in der Entwicklung von einer (Bewusstseins-)Ebene zur anderen durchlaufen kann.

In der Identifikationsphase ist man noch der Routine, also dem Gewohnten, Bekannten und (vermeintlich) Erprobten verhaftet, welches das (all)tägliche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Handeln und Erleben beeinflusst. Auf einer Mikro- und Meso-Ebene könnten dies bestimmte Normen oder Werte sein, die individuelles und soziales Handeln strukturieren; auf der Makro-Ebene finden sich hierfür Entsprechungen, z. B. in bestimmten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen oder politischen Entscheidungsverfahrenswesen.

Die Phase der Differenzierung wird durch Erfahrungen oder Gegenenerfahrungen eingeleitet, bei denen die gewohnten Handlungsmodelle an ihre Grenzen geraten bzw. keine passenden Erklärungen oder Handlungsanweisungen für das Erlebte bereithalten. Eine solche Situation geht häufig mit negativen emotionalen Zuständen einher wie Schock, Starre oder Angst. Solche unmittelbaren Reaktionen ließen sich auch im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise z. T. ganz direkt aus den Schlagzeilen ablesen. Schon kurz darauf waren weitere direkte Reaktionen zu beobachten, die mit der Differenzierung einhergehen: die Suche nach Erklärungen und „Fehlern“ im System als „kleinste“ Reaktion bis hin zu tief greifendem Zweifel am System überhaupt.

Einige geben sich an solchen Punkten mit „kleineren Reparaturen“ zufrieden, wie dem Entfernen von vermeintlich Schuldigen aus dem System oder der Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit, ansonsten bleibt man beim Alten. In der Forschung zu kritischen Lebensereignissen wird eine solche Reaktion „konservative Transformation“ (Hoerning 1987) genannt, bei der, streng genommen, keine wirkliche Weiterentwicklung stattfindet. Im Entwicklungskonzept von Wilber (1996) wird eine solche Entwicklung „horizontale Entwicklung“ oder „Translation“ genannt. Besonders in dieser Phase besteht die Gefahr, dass „jetzt erst recht“ an überkommenen Konzepten festgehalten wird bzw. eine „konservative“ Starre oder Ähnliches eintritt. Dieses Festhalten an vertrauten Konzepten kann die fatale Folge haben, dass zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr die für die Transformationsprozesse notwendigen Mittel zur Verfügung stehen und die Gelegenheit für einen Wandel verstreicht.

Im Kontext der gegenwärtigen (Wirtschafts-, Umwelt- und weiterer) Krisen kommt noch erschwerend hinzu, dass die Komplexität der Themen besonders groß ist. Die Verwobenheit von Umwelt, Ökonomie, Sozialem und der Politik sowie die Abhängigkeit zwischen den Staaten der Welt wird nicht nur in Anbetracht der Wirtschaftskrise besonders deutlich, sondern auch im Kontext der (antizipierten, aber auch bereits eingetretenen) Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung. Die Tendenz, sich dieser Komplexität nicht aussetzen zu wollen, nach möglichst einfachen Erklärungen und Minimallösungen zu suchen oder lieber erst mal den Status quo zu erhalten, lässt sich in der Reaktion auf die Finanzkrise, aber auch im Zusammenhang mit den gescheiterten Klimaverhandlungen in Kopenhagen erkennen.

Eine „vertikale Entwicklung“ (Wilber 1996) oder „evolutionäre Transformation“ (Hörning 1987) findet dann statt, wenn eine andere bzw. integrierende „Entwicklungsstufe“ erreicht wird, bei der neue Modelle und Muster des Entscheidens und Handelns entstehen, welche die alten Modelle grundlegend verändern. In dieser Phase der Integration können diejenigen Erfahrungen und Erlebnisse, welche die Krise initiierten, mithilfe der neu entwickelten oder erlernten Modelle verstanden und integriert werden, was auch das zukünftige Entscheiden und Handeln prägt.

Ein solcher „Idealverlauf“ ist jedoch sehr voraussetzungsreich. Notwendig ist nicht nur die bewusste Reflektion des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Handelns und Denkens und der Geschehnisse, sondern auch die Bereitschaft, eigene Fehler zu sehen und zuzugeben bzw. die eigene Verantwortung wahrzunehmen.

Dazu gehört eine gewisse Kompetenz zur Reflektion und Situationsanalyse, aber auch eine basale Sicherheit oder ein basales Vertrauen, um mit Ängsten und Unsicherheiten umzugehen, die vor allem in der Phase der Differenzierung sehr zentral sind. In jeglicher Hinsicht halten wir unsere Überlegungen für anschlussfähig. Nicht vergessen werden sollten zudem die strukturellen Bedingungen, die sowohl die Entwicklung von Handlungskompetenzen (durch Bildung und lebenslanges Lernen) unterstützen als auch Handlungsmöglichkeiten offerieren sollten, damit die Bewusstseinsentwicklung auch ihre Entsprechung im aktiven Handeln finden kann. Gerade hierbei kann eine Nachhaltige Grundsicherung günstige strukturelle Bedingungen schaffen.

Chancen und Implikationen einer Nachhaltigen Grundsicherung

Wir sehen die Diskussion einer Nachhaltigen Grundsicherung nicht nur als eine Befruchtung der Debatte, die die Bereitschaft zu kritischem, komplexem und vernetztem Denken herausfordert, wir halten Schritte in Richtung einer Nachhaltigen Grundsicherung auch für notwendig, um diese Bereitschaft aktiv zu fördern und zu unterstützen. Eine Nachhaltige Grundsicherung hat darüber hinaus vor allem den Vorteil, dass sie einen Lösungsbeitrag für unterschiedliche Probleme bieten kann im Sinne einer „komplexen Lösung für komplexe Probleme“. Eine Nachhaltige Grundsicherung, die ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in nicht-androzentrischer Deutung berücksichtigt und ein nachhaltiges, somit auch nicht-geschlechtshierarchisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zur Diskussion stellt, kann auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen Anknüpfungen finden und in die Diskussionen eingebracht werden und diese auch zusammenführen.

Die Diskussion einer Nachhaltigen Grundsicherung stellt die (Un-)logik des Wachstumsglaubens infrage und erleichtert es, von der Wachstumsideologie und der damit zusammenhängenden Leistungs- und (Selbst-)Ausbeutungsorientierung Abstand zu nehmen und zu einem nachhaltigeren Modell des Menschen in der Gesellschaft zu kommen. Eine Debatte über Nachhaltige Grundsicherung fördert die Suche nach Möglichkeiten einer nachhaltigen Gestaltung der Gemeinwirtschaft sowie der Versorgungsökonomie als bisher wenig beachteten, aber umso wichtigeren Säulen der Versorgung und Ökonomie in einer Gesellschaft. Und sie fordert neue Formen der Modellierung

ökonomisch-ökologisch-sozialer Zusammenhänge und damit eine De- und Rekonstruktion ökonomischer Modelle, welche die „Irrationalität“, radikalen Einseitigkeiten, sozialen, Gender- und naturalen Externalisierungen und die Wirklichkeitsferne bisheriger ökonomischer Modelle überwindet.

Eine Nachhaltige Grundsicherung wird daher mehrdimensional verstanden als:

- Teil eines Wertewandels und der Abkehr von einem nicht nachhaltigen, insbesondere wachstumsorientierten Verständnis von Erwerbs- und Versorgungsarbeit und von Nutzen bzw. Leistung;
- Ermöglichung der Freiheit von Anpassung an die dominanten nicht nachhaltigen Rationalitäten, institutionalisierten Androzentrismen und Praxen, somit Chance und Potenzial zur Stabilisierung bestehender nachhaltiger Orientierungen und praktizierter Handlungsmuster sowie zur Umsteuerung in Politik und Wirtschaft;
- Beitrag zur Stabilisierung und Stärkung nachhaltigen gesellschaftlichen Transformationspotenzials;
- dauerhafte globale und geschlechtergerechte, generationenübergreifende Sicherung der Basis für das Leben in menschlicher Würde;
- Sicherung, die ökologisches Handeln erleichtert bzw. ggf. erst ermöglicht;
- Hilfsmittel, das die Folgen des Klimawandels und anderer Krisen bzw. die Ungleichheit bei der Folgenbewältigung und -betroffenheit abzufedern hilft.

Literatur

- AG Frauen des Forums Umwelt & Entwicklung (Hrsg.) (2000): Arbeit auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit – Denkansätze, Herangehensweisen, Kompetenzen und Handlungsansätze für Strategien zu „Nachhaltiger Arbeit“ und „Nachhaltigem Wirtschaften“. Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung NRW in Kooperation mit der AG Frauen des Forums Umwelt & Entwicklung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2000; <http://www.forumue.de>.
- AG Frauen des Forums Umwelt & Entwicklung (Hrsg.) (2007): Veränderung von Staatlichkeit und öffentliche Güter – Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung der Lebensgrundlagen (livelihood); <http://www.forum-ue.de>.
- Beinhocker, Eric D. (2006): *The Origin of Wealth. Evolution, Complexity and the Radical Remaking of Economics*. Boston (Massachusetts).

- Biesecker, Adelheid / Kesting, Stefan (2003): Mikroökonomik. München /Wien.
- Biggs, D./Biggs, R./Dakos, V./Scholes, R. J./Schoon, M. (2011): Are we entering an era of concatenated global crises? In: *Ecology and Society* 16 (2): 27; <http://www.ecologyandsociety.org/vol16/iss2/art27/>.
- Bilharz, M. (2006): Nachhaltiger Konsum: Die Suche nach dem nächsten Schritt. Diskussionsbeitrag Nr. 5 der Reihe Consumer Sciences an der TU München /Weihenstephan. Freising.
- Brand, Fridolin (2005): Ecological resilience and its relevance within a theory of sustainable development; UFZ-Report 03/2005. Leipzig-Halle.
- Daly, Herman E. / Farley, Joshua (2004): *Ecological Economics. Principles and Applications*. Washington et al.
- Davies, Karen / Spitzner, Meike (1999): Temporalities of Work and Gender – Zur vorfindbaren Diversität von Zeiten und Zeitdominanz. In: Hofmeister, Sabine / Spitzner, Meike (Hrsg.) (1999): *Zeitlandschaften. Perspektiven ökosozialer Zeitpolitik*. Stuttgart / Leipzig: Hirzel-Edition Universitas, S. 161–182.
- Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität“ des Landtags NRW (2000): *Soziale Aspekte der Mobilität. Untersuchung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie – Arbeitsbereich „Nachhaltigkeit, Gender & Bewegungsfreiheit – Feministische Verkehrsforschung“*. Hrsg. v. Landtag Nordrhein-Westfalen. Information 13/0034 des Landtags. Düsseldorf 2000; <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI13-34.pdf>.
- Erikson, E.H. (1973): *Identität und Lebenszyklus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- FRAUEN IN BEWEGUNG in der BAG Verkehr von Bündnis 90 / Die Grünen (1994): *Bewegungsfreiheit statt Zwangsmobilität – erst recht für Frauen! Resolution zur Privatisierung der Bahn und Regionalisierung des Nahverkehrs*. Rheine, September 1994.
- Fuhr, R./Gremmler-Fuhr, M. (1988): *Faszination Lernen – Transformative Lernprozesse im Grenzbereich von Pädagogik und Psychotherapie*. Edition Humanistische Psychologie.
- Hall, Charles / Lindenberger, Dietmar / Kümmel, Reiner / Kroeger, Timm / Eichhorn, Wolfgang (2001): The need to reintegrate the natural sciences with economics. In: *BioScience*, Vol. 51, No. 8, S. 663–673.
- Hoerning, E. (1987): *Lebensereignisse*. In: Voges, W. (Hrsg.): *Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung*. Opladen, S. 231–259, insbesondere S. 244–247.
- Kegan, R. (1986): *Die Entwicklungsstufen des Selbst*. München: Kindt.
- Klein, Uta (2006): *Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse im europäischen Vergleich*. In: Dies.: *Geschlechterverhältnisse und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. VS Verlag für Sozialwissenschaften (GWV), S. 139–170.
- Kümmel, Reiner (1998): *Energie und Kreativität*. Stuttgart et al.

- Millennium Ecosystem Assessment (2005): Ecosystems and Human Wellbeing. Synthesis. Washington D. C.; <http://www.maweb.org/documents/document.356.aspx.pdf>.
- OECD (2008a): Promoting Sustainable Consumption. Danvers: OECD Publications.
- OECD (2008b): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris.
- Rockström, Johan et al. (2009a): Planetary boundaries. Exploring the safe operating space for humanity. In: *Ecology and Society*, Vol. 14, No. 2, Art. 32; <http://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art32/>.
- Rockström, Johan et al. (2009b): A safe operating space for humanity; nature; Vol. 461, S. 472–475; September 2009.
- Sanne, C. (2002): Willing consumers – or locked in? Policies for a sustainable consumption. *Ecological Economics* 42, S. 273–287.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg.
- Spitzner, Meike / Aumann, Renate (1995): Stellungnahme zu dem Entwurf „Eckpunkte für den Einstieg in eine ökologisch-soziale Steuerreform“. In: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.) (1995): Ökologisch-soziale Steuerreform auf den Weg bringen! Materialien No. 3. Bonn, S. 135–142.
- Spitzner, Meike / Beik, Ute (1995): Reproduktionsarbeits-Mobilität. Theoretische und empirische Erfassung, Dynamik ihrer Entwicklung und Analyse ökologischer Dimensionen und Handlungsstrategien. In: Spitzner, Meike/Hesse, Markus/Holzappel, Helmut (Hrsg.) (1999): Entwicklung der Arbeits- und Freizeitmobilität – Rahmenbedingungen von Mobilität in Stadtregionen. Forschungsberichte des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten Verbundforschungsprojekts, Bd. 5. Wuppertal: Forschungsverbund Ökologisch verträgliche Mobilität; <http://epub.wupperinst.org/frontdoor/index/index/docId/323>.
- Spitzner, Meike (2004): Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV. Untersuchung zur sozial-ökologischen Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme i. A. des Forschungsverbunds netWORKS im BMBF-Förderschwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“, Themenschwerpunkt 2 „Sozial-ökologische Transformationen im Ver- und Entsorgungssektor (STRIVE)“. Schriftenreihe netWORKS-Papers Nr. 13. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu); <http://www.irbnet.de/daten/rswb/05109014902.pdf>.
- Spitzner, Meike/Weiler, Frank/Andi, Rahmah/Turner, Jeff (2007): Städtische Mobilität und Gender. Fokus Entwicklungspolitik – Positionen der KfW Entwicklungsbank zu entwicklungspolitischen Themen, August 2007. Frankfurt a. M.; <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/>

PDF-Dokumente-Development-Research/2007_08_FE_Weiler-Transport-und-Gender_D.pdf.

Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress; <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-33.pdf>.

Tukker, A./Huppes G./Guinee, J./Heijungs, R./Koning, A./van Oers, L./Suh, S./Geerken, T./van Holderbeke, M./Jansen, B./Nielsen, P. (2006): Environmental Impact of Products (EIPRO). European Commission DG Joint Research Centre; http://ec.europa.eu/environment/ipp/pdf/eipro_report.pdf.

Vereinte Nationen (1992): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1991 in Rio de Janeiro; <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/index.htm>.

Wilber, K. (1996): Eros, Kosmos, Logos. Frankfurt am Main: Krüger.

WWF (2006): Living Planet Report. Gland, Switzerland: World Wildlife Fund for Nature.

Zeeb, Matthias: Richtungsstreit in der ökologischen Sackgasse. Vollbeschäftigung und Grundeinkommen als richtige Antworten auf falsche Fragen. Ethik und Gesellschaft 2/2008: Rückkehr der Vollbeschäftigung oder Einzug des Grundeinkommens?; <https://open-journals.uni-tuebingen.de/ojs/index.php>.